**Pressemitteilung**

**Echter Klimaschutz statt leerer Versprechen**

Martin Gerster MdB und Martin Rivoir MdL fordern wirksame Maßnahmen für den Klimaschutz und Investitionen in Milliardenhöhe

Berlin, 30.03.2023/lar

**Martin Gerster, MdB**

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 (0)30 227-74713

Fax: +49 (0)30 227-76721

martin.gerster.ma02@bundestag.de

**Bürgerbüro**

Gymnasiumstraße 12/2

88400 Biberach

Telefon: +49 (0)7351 300-3000

martin.gerster@wk.bundestag.de

DIW Econ, die Beratungstochter des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), hat im Auftrag der SPD-Landtagsfraktion untersucht, ob Baden-Württemberg auf dem richtigen Weg ist, seine ambitionierten Klimaschutzziele zu erreichen. Die Landesregierung hat sich gesetzlich dazu verpflichtet, Baden-Württemberg bis 2040 klimaneutral zu gestalten. Für das Jahr 2030 ist ein Zwischenziel in Höhe von minus 65 % der Emissionen gegenüber 1990 festgelegt worden. Die DIW-Studie zeigt nun, dass Grün-Schwarz die nötigen klimapolitischen Maßnahmen nicht ernsthaft umsetzt und diese Ziele meilenweit verfehlt werden

Der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster äußert sich zu den Ergebnissen der DIW-Studie: „Mit ihrer Schaufensterpolitik torpediert die Landesregierung die Einhaltung ihrer Klimaziele und: Grün-Schwarz bedroht den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg und damit den Wohlstand in unserem Land. Wollen allein reicht nicht, jetzt muss gehandelt werden!“

Anspruch und Wirklichkeit fallen bei der Klimapolitik der grün-schwarzen Landesregierung auseinander. Dies zeigt sich auch im Wahlkreis Biberach des SPD-Bundestagsabgeordneten Gerster: „Die versprochene Mobilitätsgarantie für den ÖPNV, also ein verlässliches Beförderungsangebot zwischen 5 und 24 Uhr, lässt weiter auf sich warten. Dieses Thema kommt immer wieder in meinen Bürgersprechstunden zur Sprache. Auch von der angekündigten Ausstattung von Landesgebäuden mit Solaranlagen sind wir noch weit entfernt. Zwar gibt es hier im Kreis Biberach einige positive Beispiele, wie der Neubau des Landratsamtes oder die Biberacher Gymnasien, deren Dächer teilweise mit Solarpanels bedeckt sind, aber da ist noch reichlich Luft nach oben.“ Die Landesregierung hatte angekündigt, dass alle Landesgebäude bis 2030 mit Solaranlagen ausgestattet werden. Bislang haben 222 von 8.000 Landesgebäuden eine Solaranlage auf dem Dach, das sind 2,8% der Landesdächer.

Martin Rivoir, SPD-Landtagsabgeordneter für den Wahlkreis Ulm, ergänzt: „Wir erwarten, dass das Land hier endlich mit gutem Vorbild vorangeht und im eigenen Zuständigkeitsbereich für mehr erneuerbare Energien sorgt. Auch beim Ausbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur für E-Autos sind wir weit von den versprochenen Zielen der Landesregierung entfernt. Von den bis 2030 angekündigten 200.000 öffentlichen Ladepunkten für E-Autos wurden bis heute gerade einmal 1.770 errichtet. Die Landesregierung hat die Zielvorgabe zudem stark nach unten korrigiert. Nun soll es nur noch 60.000 bis 100.000 Ladepunkte geben. Die SPD setzt sich dafür ein, dass auf allen landeseigenen Parkplätzen in Ulm E-Ladesäulen installiert werden“, so der SPD-Landtagsabgeordnete Rivoir.

Abgeordneter Rivoir und seine SPD-Fraktion im Landtag fordern daher mutigere Klima-Maßnahmen für Baden-Württemberg. „Wir wollen unter anderem eine Abwrackprämie für den Austausch von Öl- und Gasheizungen, die Erhöhung des Mindestflächenziels für Wind-und Solaranlagen auf 3 % und endlich die Umsetzung der Mobilitätsgarantie im ÖPNV.“ Zudem sei ein milliardenschweres Landesförderprogramm für die energetische Sanierung von Mehrfamilienhäusern und eine Ausbauoffensive für E-Ladesäulen notwendig. Um dem riesigen Fachkräftebedarf für die Umsetzung gerecht zu werden, schlägt die SPD ein Landeskompetenzzentrum zur Stärkung klimarelevanter Handwerksberufe vor.

Hintergrund zur Studie „Baden-Württemberg auf dem Weg zur Klimaneutralität“:

Im Auftrag der SPD-Landtagsfraktion hat DIW Econ, die Beratungstochter des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), in den vergangenen Monaten eine Studie zur Klimaneutralität des Landes durchgeführt. Hierbei wurden die Sektoren Gebäude, Verkehr und Energieerzeugung mithilfe eines Energy-Accounting-Modells untersucht. Dabei wurde geprüft, ob die Klimaziele Baden-Württembergs in den untersuchten Sektoren erreicht werden können. Die Studienergebnisse zeigen, dass die von der Landesregierung ausgegebenen Klimaziele mit den aktuell ergriffenen und geplanten Maßnahmen in keinem der Bereiche auch nur ansatzweise erreicht werden können.